

ÖSTERREICH

Knall beim Apothekerverband: Vizepräsident schmeißt hin

APOTHEKE ADHOC, 21.12.2019 08:28 Uhr

Berlin - Im österreichischen Apothekerverband gibt es Krawall. Vizepräsident Christian Wurstbauer tritt zum Jahresende zurück – weil die Führung des Verbandes aus seiner Sicht gescheitert ist. In einem Brief an den Vorstand des Verbands rechnet er mit dessen Präsidenten ab. Wurstbauer will sich in Zukunft ganz auf sein Amt als Vizepräsident der Apothekerkammer konzentrieren.

Wurstbauer verabschiedet sich mit einem Knall. In einem Brief an den Vorstand des Verbands hat er seine Demission bekannt gegeben und dabei deutliche Kritik an Verbandspräsident Jürgen Rehak geäußert: „Es fehlt an Leadership durch den Präsidenten, an Einsatz und Kontinuität“, zitiert der Fachdienst Relatus Pharm aus dem Schreiben. „Entscheidungen werden nach Belieben gefällt – und auch wieder verändert. Stillstand ist die Folge.“

Wurstbauer hat die Echtheit des Briefes bereits bestätigt. Im November 2016 war er zum zweiten Vizepräsidenten des Verbands gewählt worden, erster Vizepräsident ist der Oberösterreicher Thomas Veitschegger. Zeitgleich war Rehak zum Nachfolger von Dr. Christian Müller-Uri gewählt worden. Wurstbauer, Rehak und Veitschegger waren damals gemeinsam als Mitglieder der Wahlliste „Die Neuen Apotheker“ (DNA) angetreten, um „die wirtschaftliche Zukunft der Apothekenunternehmen abzusichern und neue Geschäfts- und Tätigkeitsfelder zu entwickeln – kurz: um unseren Stand zukunftsfit zu machen“, so Wurstbauer.

Hauptmotiv für sein Engagement seien ähnliche Probleme mit Rehaks Vorgänger Müller-Uri gewesen. „Wir haben dabei auch versprochen, transparent zu agieren“, so Wurstbauer nun. Das sei aber nicht mehr möglich. Rehak zeigte sich überrascht von Wurstbauers Rücktritt, weist aber die Kritik an seiner Amtsführung zurück. „Die Arbeit im Verband hat grundsätzlich immer gut funktioniert. Da gab es auch keine Auseinandersetzung. Es gibt aber sicher verschiedene Meinungen“, so Rehak. In demokratischen Gremien komme man eben mit manchen Positionen und Vorstellungen durch, mit anderen nicht. Dennoch bedauere er Wurstbauers Entscheidung, so Rehak. Wenn er aber denke, dass es für ihn der richtige Weg ist, dann müsse er ihn auch gehen.

Wurstbauer will sich nun „mit aller Kraft auf die Arbeit als Vizepräsident der Apothekerkammer konzentrieren“. Und dort hat er auch genug zu tun: Zu seinen Zuständigkeitsbereichen gehören der Medikations-Check und die Medikations-Analyse, Verhandlungen mit der Sozialversicherung, e-Rezept und e-Medikation sowie Fälschungsrichtlinie und Lieferengpässe. Er wolle dort „bestmögliche Ergebnisse für die Apothekerschaft“ erzielen, so Wurstbauer. „Stillstand ist das Letzte, was sich unser Berufsstand und der Apothekerverband in einem sich rasant entwickelnden Umfeld leisten kann.“

Tatsächlich stand Rehak dieses Jahr wegen seiner Amtsführung in der Kritik. Hintergrund war eine vom Verband angestoßene Novellierung des Apothekengesetzes. Kritiker warfen dem Präsidium um Rehak „politische Naivität“ vor, die unwägbar Folgen haben könnte. Konkret ging es um das Modell der Bedarfsplanung: Der Apothekerverband hatte eine Neuregelung vorgeschlagen, nach der die Zahl der Hauptwohnsitze pro bestehender Apotheke abgesenkt werden soll. Pendler sollen nicht mehr berücksichtigt werden, weil dies laut Rehak das Verfahren aufwendig, langwierig und intransparent gemacht hat.

Dagegen rührte sich massiver Protest an der Basis: So schrieb der Apotheker-Club Tirol alle Kollegen im ganzen Land an und beschwerte sich über das Vorgehen der Landesvertreter. Eine derartig weitreichende Änderung mit all ihren unwägbar politischen Folgen bedürfe einer breiten Diskussion im Kollegenkreis – und nicht eines knappen Beschlusses im Präsidium des Verbands. Rehak hatte zuvor beteuert, dass er bei sich abzeichnender Uneinigkeit das Thema nicht weiterverfolgen werde. Am Ende wurde sein Vorschlag mit nur einer Stimme Mehrheit angenommen. Rehak habe trotzdem noch am selben Tag seinen stellvertretenden Verbandsdirektor ins Ministerium geschickt, ohne den Beschluss der Kammer abzuwarten.